



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 5. September 2012

Aus Berlin

Regierung legt Gesetzentwurf zur Stärkung der Patientenrechte vor

Die Bundesregierung hat einen Entwurf für das Patientenrechtegesetz in den Bundestag eingebracht. Darin ist unter anderem eine bessere Information und Beteiligung der Patienten und die Stärkung ihrer Rechte gegenüber Leistungsträgern vorgesehen. Es geht darum, die Patientenrechte „transparent, verlässlich und ausgewogen“ zu gestalten. Ein weiterer Punkt betrifft die Förderung von Fehlermeldesystemen. Das Patientenrechtegesetz solle Wolfgang Zöllner (CSU), dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, zufolge noch Ende dieses Jahres wirksam werden. Speziell für die Rechte von privat krankenversicherten Patienten wurde einem Gesetzesentwurf aus dem Bundesjustizministerium zugestimmt, der die Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften vorsieht. Demnach müssen Privatversicherte innerhalb von zwei Wochen über die Kostenübernahme von Behandlungen durch ihre Krankenversicherung informiert werden. Zudem sollen sie zukünftig erleichterten Zugang zu den von ihrer Kasse angeforderten Gutachten und Krankenunterlagen haben. Im Frühjahr 2013 soll das Gesetz in Kraft treten. ([Heute im Bundestag, 29. August](#); [Deutsches Ärzteblatt online, 30. August](#); [Ärzte Zeitung online, 30. August](#))

Vergabe von Spenderorganen gerät in die Kritik

Der Gesundheitsexperte von Bündnis 90/Die Grünen, Harald Terpe, hat den Vorwurf erhoben, dass privat Krankenversicherte bei der Vergabe von Spenderorganen bevorzugt würden. Seinen Berechnungen zufolge sei der Anteil der tatsächlichen Transplantationen bei privat Versicherten höher als ihr Anteil auf der Warteliste. Das treffe auf Leber-, Lungen, Herz- und Bauchspeicheldrüsentransplantationen zu. Der Versichertenstatus spiele keine Rolle bei der Vergabe von Spenderorganen, sagte ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) will derweil ein öffentliches Register für Transplantationsärzte schaffen, die durch Verstöße aufgefallen sind, um das Vertrauen in die Transplantationsmedizin wiederherzustellen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. September; [Süddeutsche Zeitung online, 5. September](#); [Deutsches Ärzteblatt online, 3. September](#))

Aus KBV und KVen

Ärztehonorar: Verhandlungen geplatzt – KBV reicht Klage ein

Die KBV hat die Honorarverhandlungen mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorerst verlassen. „Das hat nicht nur mit den konkreten Ergebnissen, sondern vor allem auch mit der Atmosphäre zu tun, in der diese Verhandlungen stattgefunden haben“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. Gegen den Beschluss des des Erweiterten Bewertungsausschusses (EBA), dem Schiedsgremium bei den Verhandlungen, das Honorar der Vertragsärzte und -psychotherapeuten um lediglich 0,9 Prozent im Jahr 2013

anzuheben, reichte die KBV Klage vor dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg ein. Sie hatten vor den Verhandlungen eine Honorarsteigerung von elf Prozent gefordert. Köhler kündigte nach dem Schiedsspruch an, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass sich die Ärzteschaft so nicht behandeln lassen werde. Er lud Niedergelassene zu einer Sonder-Vertreterversammlung nach Berlin, wo die Teilnehmer eine [Resolution](#) verabschiedeten. Eine Reihe von Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) sowie Ärzteverbände und Niedergelassene kritisierten ebenfalls den Beschluss des Schiedsgremiums. Es sei verantwortungslos und für die niedergelassenen Ärzte eine Minusrunde, erklärten die Vorsitzenden der Freien Allianz der Länder-KVen (FALK) und des Bündnisses Länderübergreifender Angemessener Versorgungsanspruch (LAVA). Die KV Niedersachsen kritisierte, dass der Honorarbeschluss die Bemühungen torpediere, ärztlichen Nachwuchs zur Niederlassung zu bewegen. Die Vorstandsmitglieder der KV Bayerns prophezeiten: „Gegen diesen gefährlichen und unnötigen Sparkurs des GKV-Spitzenverbandes werden sich die Kolleginnen und Kollegen in den Praxen mit aller Macht zur Wehr setzen.“ KBV, LAVA, FALK sowie die Ärzteverbände Hartmannbund und NAV-Virchow-Bund forderten den Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) auf, den Beschluss des EBA zu revidieren. In einem Brief an den Minister schrieb Köhler: „Herr Bahr, handeln sie unverzüglich, sonst wird es für die Versorgung der Menschen in Deutschland problematisch“.

KBV und GKV-Spitzenverband wollen sich nun zu informellen Gesprächen treffen. Am 15. September sollen die Verhandlungen offiziell fortgeführt werden. ([Pressemitteilung der KBV, 30. August](#) und [3. September](#); [Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 30. August](#); [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 31. August](#); [Pressemitteilung des NAV-Virchow-Bundes, 31. August](#); [Gemeinsame Pressemitteilung von LAVA und FALK, 30. August](#); [Pressemitteilung der KV Bayerns, 30. August](#); Agenturmeldungen, 1. September)

Thüringer Praxen voller als in anderen Ländern

In Thüringen müssen Ärzte mehr Patienten versorgen als in anderen Teilen Deutschlands. Das hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) bekanntgegeben. Niedergelassene Ärzte würden im Freistaat circa 49 Patienten pro Tag behandeln. Das seien acht mehr als durchschnittlich im Bundesgebiet. Den Grund dafür sieht die KV-Vorsitzende, Dr. Annette Rommel, im hohen Altersdurchschnitt der Thüringer Bevölkerung. Ältere Menschen seien krankheitsanfälliger und gingen dadurch häufiger zum Arzt. Die Ergebnisse beruhen auf dem Ärztemonitor, einer bundesweiten Befragung von Medizinern. (Agenturmeldung, 30. August)

KV-on Videos: Rund um die Honorarverhandlungen 2012

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), hat in einem Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der KBV, Dr. Andreas Köhler, über das Ergebnis der Honorarverhandlungen vom 30. August gesprochen. Köhler erklärt, warum die beschlossene Erhöhung von 0,9 Prozent inakzeptabel ist. In der extra anberaumten KBV-Sonderversammlung (Sonder-VV) am 1. September wurde der Beschluss diskutiert. Danach äußerten sich die Spitzen von KBV und NAV Virchow-Bund in einer Pressekonferenz. Zudem hat die KBV Teile des Livestreams der Sonder-VV auf ihrem [YouTube-Kanal kbv4u](#) bereitgestellt. ([Videopodcast auf KV-on, 30. August](#); [Videopodcast auf KV-on, 1. September](#))

Aus den Verbänden

Honorarstreit: Ärzteverbände bereiten Protest vor

Nach den vorerst gescheiterten Honorarverhandlungen zwischen Krankenkassen und Vertragsärzten hat eine Reihe von Ärzteverbänden Protestaktionen, beginnend am 10. September, angekündigt. Die Maßnahmen sollen zunächst nur die Kassen treffen, etwa das interne Umverteilungssystem, versicherten die freien Ärzteverbände. Auch der Deutsche Hausärzteverband (DHÄV) schloss nicht aus – zumindest dort, wo keine Selektivverträge bestehen – Protestmaßnahmen anderer Fachgruppen zu unterstützen. Dr. Andreas Gassen, Vorstandsmitglied des Spitzenverbandes der Fachärzte in Deutschland (SpiFa), rief die ärztlichen

Berufsverbände zur [Urabstimmung](#) auf. Die Abstimmung endet am 12. September, danach könnten erste Streiks und Praxisschließungen drohen. Eine Kompromisslösung forderte Frank-Rüdiger Zimmeck, Chef der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen. Streiks seien eine Maßnahme, die er politisch für problematisch halte, weil die Patienten auch versorgt werden müssten. Sollten die Krankenkassen nicht in die Honorarforderungen einlenken, drohe ein „heißer Herbst“, erklärte Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK). Die Versorgung der Patienten solle aber nicht unmittelbar gefährdet werden, waren sich Montgomery und KBV-Chef Dr. Andreas Köhler einig. Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) und die Techniker Krankenkasse forderten die Ärzteschaft auf, die Verhandlungen fortzuführen. Ulrike Elsner, Vorstandsvorsitzende des vdek, nannte die Honorarforderungen der Ärzteschaft von 3,5 Milliarden Euro „völlig überzogen“. Verständnis für den Unmut der Ärzte zeigte hingegen der gesundheitspolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Jens Spahn (CDU). Er appellierte aber an beide Seiten, sich wieder an den Verhandlungstisch zu begeben. ([Stern online, 4. September](#); [Gemeinsame Pressemitteilung der Freien Ärzteverbände, 3. September](#); [Pressemitteilung des DHÄV, 3. September](#); [Pressemitteilung des vdek, 3. September](#); [Spiegel online, 4. September](#); Agenturmeldung, 31. August, 1. und 4. September; facharzt.de, 31. August)

Keine Einigung bei Gebührenordnung für Ärzte

Die Bundesärztekammer (BÄK) und der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) haben sich nicht auf einen Rahmenvertrag für die Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) einigen können. Die Verhandlungspartner sind damit der Forderung des Bundesgesundheitsministeriums, die privatärztliche Gebührenordnung weiterzuentwickeln, um darauf aufbauend einen Entwurf zur Novellierung der GOÄ zu entwickeln, nicht gefolgt. Die Positionen lägen so weit auseinander, dass weitere Verhandlungen keine Sinn machten, erklärte der Vorsitzende des BÄK-Ausschusses „Gebührenordnung“ und Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Theo Windhorst. ([Deutsches Ärzteblatt online, 31. August](#))

300 Millionen mehr für Krankenhäuser

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben eine Personalkostenhilfe für die Krankenhäuser von 300 Millionen Euro für das Jahr 2012 vereinbart. In dem am 1. August 2012 in Kraft getretenen geänderten Krankenhausfinanzierungsrecht wurde diese finanzielle Unterstützung festgelegt, die nun direkt an die Krankenhäuser weitergegeben werden kann. DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum und der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Johann-Magnus von Stackelberg, sagten dazu: „Das ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Krankenhäuser noch im laufenden Jahr“. ([Gemeinsame Pressemitteilung der DKG und des GKV-Spitzenverbandes, 31. August](#))

Fazit der frühen Nutzenbewertung sehr unterschiedlich

Der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), Josef Hecken, hat das Verfahren der frühen Nutzenbewertung, das mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) eingeführt wurde, positiv beurteilt und sieht keine Veranlassung den gesetzlichen Rahmen zu verändern. „Das Verfahren ist transparent, rechtssicher und im Ablauf für alle Beteiligten berechenbar“, sagte Hecken. Seit Inkrafttreten des Gesetzes konnte bei circa zwei Dritteln der bewerteten Medikamente ein Zusatznutzen festgestellt werden. Die gute Meinung Heckens über das Verfahren teilt der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) jedoch nicht. Einzelne große Krankenkassen seien bereit, Arzneimittel aus dem Ausland zu importieren, obwohl sie „angeblich keinen Zusatznutzen“ haben. ([Pressemitteilung des G-BA, 3. September](#); [Pressemitteilung des BPI, 4. September](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 2,7 Milliarden

2,7 Milliarden Euro beträgt der Überschuss der gesetzlichen Krankenkassen im ersten Halbjahr 2012. Damit setzt sich die positive Finanzentwicklung der Kassen weiter fort. Nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) besitzen sie damit eine finanzielle Reserve von 12,8 Milliarden Euro. ([Pressemitteilung des BMG, 5. September](#))

Aus der Presse

Honorarverhandlungen vorerst gescheitert

Die KBV hat die Verhandlungen um das ärztliche Honorar im Erweiterten Bewertungsausschuss unterbrochen, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet. Die Krankenkassen hätten grundsätzliche Zweifel an der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen genährt, erklärte KBV-Chef Dr. Andreas Köhler die Entscheidung. Gegen den Schiedsspruch, das Honorar der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten im Jahr 2013 um geringe 0,9 Prozent anzuheben, reichte die Vertretung der Ärzteschaft Klage vor dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg ein. Der Beschluss wird daher zunächst nicht wirksam. Köhler will sich nun mit Vertretern der Krankenkassen zu informellen Gesprächen treffen. Am 15. September sollen die Verhandlungen fortgeführt werden. Ärzteverbände forderten unterdessen eine Urabstimmung über Warnstreiks. Ab 10. September wollen Niedergelassene die Krankenkassen mit Aktionen treffen, die etwa das interne Umverteilungssystem anbelangen, heißt es in dem Artikel. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. September)

Ärzteverbände setzen Krankenkassen Ultimatum

Zahlreiche Ärzteverbände haben mit Protesten, Streiks und sogar Praxisschließungen gedroht, sollten die Krankenkassen die Beschlüsse bei den Verhandlungen um das ärztliche Honorar bis zum 3. September nicht nachbessern. Das berichtet das Online-Portal tagesschau.de. Die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten wollen die vom Erweiterten Bewertungsausschuss beschlossene Honorarerhöhung von 0,9 Prozent notfalls gerichtlich stoppen, hatten sie doch ursprünglich elf Prozent gefordert. Sie verfassten auf einer Sonder-Vertreterversammlung der KBV eine entsprechende Resolution. Die KBV will gegen den Beschluss vor das Sozialgericht Berlin-Brandenburg ziehen. ([tagesschau.de, 3. September](#))

Geringe Honorarsteigerung empört niedergelassene Ärzte

Die rund 150.000 niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten in Deutschland erhalten für das kommende Jahr eine Honorarsteigerung von insgesamt 270 Millionen Euro. Das hat der Erweiterte Bewertungsausschuss in den Honorarverhandlungen zwischen KBV und Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beschlossen, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet. Das Ergebnis sei eine vernünftige Lösung, die den Interessen beider Seiten entgegenkomme, sagte der Vorsitzende des GKV-Spitzenverbands, Johann-Magnus von Stackelberg, der für den Vorschlag des Schiedsgremiums stimmte. Die KBV stimmte dagegen, hatte sie doch im Vorfeld der Verhandlungen eine Steigerung von 3,5 Milliarden Euro gefordert. Die Niedergelassenen zeigten sich empört. Bei der Sonder-Vertreterversammlung der KBV am kommenden Samstag wollen sie zum Sturm gegen das Ergebnis blasen. Die Zeichen stünden nun auf Protest, heißt es in dem Artikel. Jens Spahn, gesundheitspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion, kritisierte die Verhandlungstaktik der Krankenkassen, die ursprünglich eine Honorarkürzung von 2,2 Milliarden Euro gefordert hatten. Ihre Kampagne sei vor und während der Verhandlungen inakzeptabel gewesen und vergifte das Klima zwischen Ärzten und Kassen. ([Süddeutsche Zeitung online, 30. August](#))

Konflikt zwischen Ärzteschaft und Krankenkassen geht weiter

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sprach Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, von einem drohenden Kriegsfall: „Wenn die Krankenkassen am Grundsatz festhalten, die Preise von den Leistungsmengen abhängig zu machen, ist das für uns ein Casus Belli.“ Köhler weiter: „Die Stimmung in der Ärzteschaft ist hochexplosiv. Da gibt es mehr als Unmut, wenn die Vergütung sinkt.“ (Agenturmeldung auf facharzt.de, 29. August)

Ärzte drohen mit Praxisschließungen

Sollte der Erweiterte Bewertungsausschuss aus Krankenkassen, KBV und drei Unparteiischen in den Honorarverhandlungen für 2013 nicht zugunsten der Ärzte entscheiden, drohen diese mit Streik. Das berichtet die Zeitung Die Welt. Streik heißt, dass die Praxen nur 20 Stunden pro Woche für Patienten geöffnet sein müssen, erklärt die Zeitung. Der Erweiterte Bewertungsausschuss mit Schlichter Jürgen Wasem unternimmt den ersten Versuch einer Einigung am Donnerstag. Mit einem Ergebnis werde nicht gerechnet, zu unterschiedlich seien die Forderungen, heißt es in dem Artikel. „Unsere Forderung lautet, dass wir einen Inflationsausgleich für die Preisanstiege der Jahre 2008 bis 2012 bekommen“, zitiert die Zeitung den Vorstandsvorsitzenden der KBV, Dr. Andreas Köhler. Die Kassen hingegen fordern ein Honorarminus. Die KBV hat eine Sondervertreterversammlung am 1. September einberufen. ([Die Welt, 29. August](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|------------|---|
| 12.09.2012 | Abgeordnetenversammlung der KV Schleswig-Holstein
Bad Segeberg, 15.30 Uhr |
| 14.09.2012 | Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam, 20 Uhr |
| 14.09.2012 | Vertreterversammlung der KV Nordrhein
Düsseldorf, 15 Uhr |
| 15.09.2012 | Vertreterversammlung der KV Thüringen
Gotha, 9 Uhr |
| 20.09.2012 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 21.09.2012 | 6. BMVZ-Praktikerkongress
Berlin, 9 Uhr |
| 28.09.2012 | Vertreterversammlung der KBV
Berlin, 10 Uhr |
| 24.10.2012 | KBV kontrovers. Mein Arzt: mein Held – Ärzteschaft: alles Absahner!?
Berlin, 10.30 Uhr |

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2202

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>